

Infoparlament

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ SOMMERSESSION 2016

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Sommersession des National- und Ständerats zu überreichen.



Sehr geehrte Parlamentarierinnen, sehr geehrte Parlamentarier

Die Nebs freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament die wichtigsten europapolitischen Entscheidungen dieser Sommersession aufbereitet präsentieren zu können. In dieser Session steht vor allem das Geschäft **Freizügigkeitsabkommen. Ausdehnung auf Kroatien (16.028)** im Mittelpunkt der Beratungen. Der Ständerat wird sich im Bereich der Migrationspolitik mit der Motion der Grünen Fraktion **«Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen» (15.3484)** beschäftigen.

Das am 4. März von Staatssekretär Mario Gattiker unterzeichnete Kroatienprotokoll muss nun zügig vom Parlament bestätigt werden. Während der Sondersitzung im April folgte der Nationalrat dem Votum der Aussenpolitischen Kommission (APK) und stimmte der Ratifizierung zu. In dieser Session muss nun der Ständerat die Ratifizierung beraten. Bei Annahme würde die letzte parlamentarische Hürde für das wichtige Abkommen zwischen der Schweiz und der EU genommen werden. Die Teilhabe am Forschungsprogramm Horizon 2020 sowie Erasmus+ sind von dieser Entscheidung betroffen. Nach der Abstimmung über die sogenannte «Masseneinwanderungsinitiative» erklärte der Bundesrat, dass er sich nicht in der Lage sehe, das Protokoll zu unterzeichnen, da dies nicht mit dem Verfassungsartikel 121 (a) BV in Einklang stehe. Der derzeit laufende parlamentarische Prozess soll den Weg für ein künftiges Abkommen mit der EU vorbereiten und die Position der Schweiz in den EU-Programmen sichern. Diese Strategie geht jedoch nur auf, wenn der Ständerat sich dem Votum der APK und des Nationalrates in dieser Session anschliesst.

Der Ständerat wird schliesslich (noch ein weiteres) Votum von europäischer Tragweite abgeben müssen. Die Motion der Grünen zur mediterranen Flüchtlingshilfe fand in der letzten Wintersession bei nur zwei der sechs vorgeschlagenen Punkten Zustimmung. So erklärte sich der Nationalrat lediglich bereit, die meistbetroffenen EU-Länder Italien und Griechenland zu unterstützen und die syrischen Flüchtlinge und Asylsuchenden zu unterstützen. Abgelehnt wurde jedoch der Auftrag, eine Anpassung des Dublin-Systems zu forcieren. Damit wurde auch die europäische Dimension der Flüchtlingsbewegung negiert. Die Nebs plädiert dafür, alle Punkte der Motion anzunehmen, da die Schweiz als Schengen/Dublin-Mitglied in besonderer Verpflichtung steht, Werte und Verfahren einzuhalten. Im Allgemeinen muss die Schweiz als europäischer Staat ihren Beitrag bei der Suche nach Lösungen bringen. Nur die Erarbeitung von Lösungen im Einvernehmen mit unseren europäischen Nachbarn wird langfristig zu nachhaltigen Wegen aus der Krise führen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass diese Sommersession ein Meilenstein in der Schweizer Europapolitik darstellt. Zum einen, weil die Ratifizierung des Kroatienprotokolls am Ende eines langen Lernprozesses steht. Es zeigte sich, dass die durch den 9. Februar 2014 hervorgerufene Isolation nicht der Weg der Schweiz ist und die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien nun die Weichen für eine bessere Verhandlungsposition mit der EU darstellt. Nur die Kooperation mit den Nachbarn und der Europäischen Union wird eine langfristige Lösung der Probleme bringen.

SITZUNGSKALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte mit fettem Text gekennzeichnet. * : kann am 31/05, 2/06, 6/06, 7/06, 8/06, 9/06, 13/06, 14/06, 15/06 oder 16/06 debattiert werden.

1. Woche		
30/05/2016 16h15-20h00	SR	Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht (16.010)
	SR	Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht (16.011)
	SR	Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht (16.012)
	SR	Tätigkeiten der Delegationen für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Bericht der 49. Legislaturperiode (16.021)
	NR	Iv.pa. Stärkung der Sicherheit. Wiedereinführung und Verstärkung der Grenzkontrollen (15.443)*
02/06/2016 08h00-13h00	SR	Freizügigkeitsabkommen. Ausdehnung auf Kroatien (16.028)
	SR	Standesinitiative GE. Transparenz bei den Verhandlungen für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (15.325)

2. Woche		
06/06/2016 15h15-20h00	NR	Po. Vonlanthen. Auswirkungen des digitalen EU-Binnenmarkts auf die Schweiz (<u>16.3080</u>)
09/06/2016 08h00-13h00	NR	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 (<u>16.025</u>)
3. Woche		
13/06/2016 14h30-19h00	SR	Ip. Abate. Grenzüberschreitender Zugang zum italienischen Markt für Finanzdienstleistungen. Was ist der aktuelle Stand? (<u>16.3083</u>)
15/06/2016 8h00-13h00 puis 15h00-19h00	NR	Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK
	NR	Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht (<u>16.010</u>)
	NR	Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht (<u>16.011</u>)
	NR	Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht (<u>16.012</u>)
	NR	Tätigkeiten der Delegationen für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Bericht der 49. Legislaturperiode (<u>16.021</u>)
16/06/2016 8h00-13h00	SR	Mo. Nationalrat (Fraktion G). Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen (<u>15.3484</u>)
	NR	Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK
	SR	Standesinitiative SG. Sicherheit trotz Flüchtlingsströmen gewährleisten (<u>16.300</u>)

WICHTIGE GESCHÄFTE

NATIONALRAT

Diese parlamentarische Initiative kann entweder am 31/05, 2/06, 6/06, 7/06, 8/06, 9/06, 13/06, 14/06, 15/06 oder am 16/06 debattiert werden

Parlamentarische Initiative Reimann Lukas: «Stärkung der Sicherheit. Wiedereinführung und Verstärkung der Grenzkontrollen» (15.443).

Status: Noch nicht im Rat behandelt.

Text: «Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 57

...

Abs. 3

Die Schweiz kontrolliert ihre Grenzen eigenständig und systematisch».

Kommentar: *Die Einführung systematischer Grenzkontrollen bedeutet das Ende des Schengener Abkommens. Der Schengen-Raum wurde geschaffen, um das Leben der Menschen einfacher zu machen und dazu beizutragen, das Potential für das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Verbrechensbekämpfung über die Grenzen hinweg ist auch ein wichtiger Aspekt dieser Vereinbarung, die das Schengener Informationssystem (SIS) ermöglicht. Transnationale Kriminalität, etwa Drogen- und Menschenhandel oder Terrorismus kennen keine Landesgrenzen – ganz im Gegenteil. Nur eine intelligente und gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur kann mit diesem Verbrechen angemessen umgehen. Selbst Grossbritannien erkannte den Wert dieser Abkommen und votierte – trotz der grundsätzlichen Ablehnung des Schengenbeitritts – für die Teilnahme am SIS.*

Im Januar dieses Jahres wies die SPK-N die Parlamentarische Initiative zurück. Die Nebs unterstützt die dort geäusserte Haltung.

Die Nebs empfiehlt die Ablehnung dieser Initiative.

WICHTIGE GESCHÄFTE

STÄNDERAT

Mittwoch 2. Juni 2016, 08h00 – 13h00

Freizügigkeitsabkommen. Ausdehnung auf Kroatien (16.028)

Status: Im Rat noch nicht behandelt.

Text: «Mit der vorliegenden Botschaft beantragt der Bundesrat dem Parlament die Genehmigung des Protokolls zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien. Das Freizügigkeitsabkommen ist Bestandteil der Bilateralen I und stellt für die Schweiz einen wichtigen wirtschaftlichen Grundpfeiler dar. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ist eine Voraussetzung für die Weiterführung des bilateralen Weges».

Kommentar: *Die Unterzeichnung des Kroatienprotokolls ist ein wichtiger Schritt in der Sicherung der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union. Dieser Text hätte bereits viel früher ratifiziert werden sollen, dessen Sistierung im selben Jahr hat der Schweiz die Wichtigkeit der guten Beziehungen zur EU verdeutlicht. Die Herausforderung besteht nun darin, alle Chancen auf ein erfolgreiches Verhandeln mit der EU zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Ratifizierung des Protokolls eine Voraussetzung für die Beteiligung der Schweiz an den wissenschaftlichen Forschungsprogrammen der EU. Unterzeichnet die Schweiz nicht, so wird sie von diesen wichtigen Programmen ausgeschlossen, was zu katastrophalen Folgen für die Schweizer Bildungslandschaft führen wird.*

Die Nebs empfiehlt die Unterzeichnung des Kroatienprotokolls.

Donnerstag 16. Juni 2016, 08h00 – 13h00

Motion Grüne Fraktion: «Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen» (15.3484).

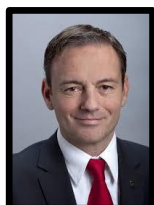
Status: Zweite Beratung, erste Beratung im SR

Text: «Die Schweiz kann sowohl alleine als auch in Zusammenarbeit mit den Dublin-Staaten wesentlich zur Linderung dieser Katastrophe beitragen ...».

Kommentar: *Die Nebs ist der Überzeugung, dass die humanitäre Katastrophe sterbender Menschen im Mittelmeer nicht nur die Anrainerstaaten, sondern das gesamte Europa betrifft. Die Schweiz sollte ihre Zusammenarbeit mit den anderen Staaten im Bereich der Asylpolitik (Dublin-Vertrag) nutzen und einen aktiven Beitrag zur Linderung der Not der Flüchtlinge leisten. Auch wenn die Schweiz kein Mitglied der EU ist, kann sie als Drittstaat über die bilateralen Verträge im Asyl- und Migrationsbereich (Schengen/Dublin) europäische Lösungen forcieren und damit einen auf Dauer angelegten Mechanismus zur Linderung der Not, sowohl in Europa, als auch in den Herkunftsstaaten, anstreben.*

Die Nebs empfiehlt die Annahme der Motion.

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Schürch
Generalsekretär der Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.schuerch@europa.ch



Caroline Iberg
Stv. Generalsekretärin der
Nebs
Tel. 031 302 35 36
caroline.iberg@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481
3000 Bern 22
Tel. 031 302 35 36
www.europa.ch

